

## Zum Planungs- und Praxisbezug sozialökologischer Bildungsforschung

Weishaupt, Horst

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weishaupt, H. (1981). Zum Planungs- und Praxisbezug sozialökologischer Bildungsforschung. In W. Schulte (Hrsg.), *Soziologie in der Gesellschaft: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Ad-hoc-Gruppen und des Berufsverbandes Deutscher Soziologen beim 20. Deutschen Soziologentag in Bremen 1980* (S. 432-436). Bremen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-189006>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Horst Weishaupt

Bislang hatten sozialökologische Forschungsansätze - trotz ihres bildungsplanerischen Bezugs - für die Bildungspolitik nur in Einzelfällen praktische Relevanz: Solange Bildungspolitik erstens im Grundsatz an der Einheitlichkeit des Bildungswesens festhält und regionale Differenzierungen im Schulsystem nur innerhalb enger Grenzen toleriert und zweitens der Nachbarschaftsbezug der weiterführenden Schulen durch die Dreigliedrigkeit des Schulwesens gegenwärtig nur bei der Hauptschule gegeben ist, schränkt der schulische Rechtsrahmen von vornherein eine ökologisch ausgerichtete Schulentwicklung ein. Zu vermuten ist jedoch, daß die bislang geführte wissenschaftliche Diskussion um sozialökologische Bildungsforschung auch für die Planungspraxis bedeutsam wird. Und zwar zunächst in bestimmten Problemregionen (I.), dann aber auch für das Bildungswesen insgesamt (II.). Dies möchte ich kurz ausführen.

Zunächst zu den Problemregionen (s. ausführlicher dazu Weishaupt 1980): Zunehmend öffentlich diskutiert wird die Problematik der Konzentration ausländischer Schüler in den innerstädtischen Arbeitervierteln. Dort bilden sie häufig bereits die Majorität und belasten mit ihrer Problematik meist noch die Kinder solcher sozialer Gruppen der deutschen Bevölkerung, die selbst besonderer Förderung durch die Bildungspolitik bedürften. Hier greift das normale Konzept von Schule - auch von Gesamtschule - nicht mehr. Dies gilt unter anderen Vorzeichen auch für die rückläufigen Schülerzahlen im ländlichen Raum, die, um nicht wieder einen Schritt zurück zur bildungsmäßig benachteiligenden Dorfschule zu sein, nach einem positiven Konzept für "kleine Schulen" verlangen (vgl. Sher 1978). Für weit wichtiger im ländlichen Raum halte ich jedoch noch die Probleme des Übergangs von der Schule ins Beschäftigungssystem. Zur Zeit finden dort im Normalfall weniger als 75% der in Frage kommenden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz (Derenbach 1979), obwohl gerade im ländlichen Raum die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe außerordentlich hoch ist. Aufgrund der eklatanten Engpässe und Mängel der dualen Ausbildung im ländlichen Raum wird die gegenwärtige Problematik der Berufsausbildung auch dann bestehen bleiben, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge in das Berufsbildungssystem gelangen. Die Bildungsmöglichkeiten, d.h. das Spektrum schulischer und außerschulischer Bildungsangebote im ländlichen

Raum, müssen daher deutlich verbessert werden. Im Vergleich zu den Verdichtungsräumen muß es gleichwertig aber nicht gleichartig sein und auf die jeweils besondere regionalwirtschaftliche Situation abgestimmt werden. Dies alles heißt, daß die demographische Entwicklung und die regionalen wirtschaftlichen Bedingungen im ländlichen Raum und die zunehmende soziale und ethnische Entmischung der Bevölkerung in den Städten Problemregionen entstehen lassen und bereits heute kritische regionale Situationen noch verschärfen werden, denen angemessen nur durch ein problemorientiertes, differenzierendes bildungsplanerisches Instrumentarium angemessen begegnet werden kann, das sich auf die "Ökologie" dieser Region einstellt.

Ich komme nun zum zweiten Punkt, nämlich meiner Vermutung, daß es auch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen gibt, die dazu führen können, daß mehr Variation im Bildungswesen innerhalb der einzelnen Bundesländer entsteht und die sozialökologischen Ansätze über besagte Problemregionen hinaus Bedeutung für künftige bildungsplanerische Konzepte erhalten. Als wichtigste Ursachen für diese Entwicklungen nehme ich den starken Geburtenrückgang seit Mitte der 60er Jahre und die Ausweitung der Bildungsbeteiligung in den letzten 20 Jahren an. Diese Entwicklungen werden (a.) in wenigen Jahren zu veränderten Angebots-Nachfrage-Konstellationen beim Eintritt ins Beschäftigungssystem führen; sie haben (b.) die Situation der Familie verändert, die zu Prozessen des Wertwandels innerhalb der Familie mit bildungspolitischen Konsequenzen führen wird. Schließlich wird der Geburtenrückgang (c.) Strukturveränderungen im Erziehungssystem selbst zur Folge haben. Zu diesen drei Aspekten möchte ich nun ebenfalls noch kurze Hinweise und Illustrationen geben.

(Zu a.) Die derzeitige Bildungspolitik wird stark bestimmt von Übergangsproblemen von der Schule ins Beschäftigungssystem, einem zeitweiligen Problem, dem der geburtenstarken Jahrgänge. Die derzeit ins Bildungssystem eintretenden Schüler werden - die einleitend gekennzeichneten ländlichen Problemregionen ausgenommen - damit nicht mehr konfrontiert. Durch die Reduzierung der Schülerjahrgangsbreite wäre das duale System der Berufsausbildung in seinem heutigen Ausbaugrad in zehn Jahren in der Lage, den kompletten Altersjahrgang aufzunehmen, der die Pflichtschulzeit erfüllt hat. Das gilt - mit gewissen Einschränkungen - auch für die schulischen Angebote nach der Pflichtschulzeit. Die Jugendlichen werden gleichzeitig als Lehrlinge und Schüler umworben, die betrieblichen Rekrutierungsmechanismen gegenüber Auszubildenden werden sich ändern. Der Leistungsdruck in der Schule wird vermutlich abnehmen, weil einerseits der externe Druck auf das Schulsystem abnimmt, andererseits wird der konsumtive Wert

von Bildung von der Schule betont werden müssen (v. Recum 1980), um sich die Klientel zu erhalten.

Die traditionellen Legitimationsgrundlagen für Einheitlichkeit im Bildungssystem: Selektions- und Statuszuweisungsfunktion verlieren durch diese voraussehbaren Entwicklungen in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung. Als Folge dieser Entwicklung werden die Lebenserfahrungen und Lerninteressen der Schüler den Unterricht und die Schulstruktur stärker bestimmen und nicht mehr so dominant abstrakte Funktionen des Schulsystems. Je nach binnen- und außerschulischen Bedingungen werden die Schulen deutlich unterscheidbare pädagogische Profile entwickeln müssen, um den regional unterschiedlichen Anforderungen der Schüler gerecht zu werden.

(zu b.) Die Debatte um Pädagogisierung und Humanisierung der Schule signalisiert, soweit sie nicht nur Reflex der aktuellen Situation im Bildungswesen ist, ebenfalls eine von außerhalb an das Bildungssystem herangetragene Umdefinition des schulischen Auftrags: Führt das zunehmende Bildungsniveau junger Eltern zu einem Wertwandel in Erziehungsfragen? Werden bei sinkender Kinderzahl in den Familien - Trend zur 1-Kind-Familie - verstärkt kustodiale Funktionen von der Schule erwartet, damit Kindererziehung und Berufstätigkeit beider Elternteile besser miteinander vereinbar sind? Frauen haben heute häufiger - bedingt durch ihre bessere Schulbildung - qualifizierte Berufe, auf die sie nicht verzichten möchten. Wird ihnen vielleicht dadurch wichtiger, ob die Schule eine Halbtags- oder Ganztagschule ist, als daß sie Gymnasium oder Gesamtschule ist? Wünschen Eltern von der Schule zunehmend mehr, daß das Kind sich wohlfühlt und gefördert wird, als daß es Leistungsstandards erfüllt, d.h., hat ein gewandeltes Erziehungsklima in den Familien Rückwirkungen auf die Erwartungen an die Schule? (s. dazu: Deutscher Bundestag 1979 und die allgemeine Werte-Diskussion: Kmieciak 1976, Klages/Kmieciak 1979). Der durchaus von der Elternschaft mitgetragene Trend, den stärker an situativen Komponenten ausgerichteten Lernprozeß des Kindergartens in die Grundschule hineinzutragen, dort die kognitive Ausrichtung des Unterrichts wieder zu reduzieren, eine "wohnlische" Lernumgebung zu schaffen und die Noten in der Eingangsphase abzuschaffen, deutet dies eigentlich an. Ein solcher Wandel in den elterlichen Erwartungen an die Schule würde mit den beschriebenen sozioökonomischen Veränderungen hinsichtlich der schulischen Konsequenzen konvergieren: Orientierung an Lernvoraussetzungen und Lerninteressen der Kinder und damit mehr situative, lokalistische Elemente in der Schule.

(Zu c.) Im Blick auf die Relevanz sozialökologischer Ansätze für die Bildungsplanung ist natürlich sehr wichtig, ob sich, über Grundschule, Hauptschule und Gesamtschule hinaus, der Gedanke der Nachbarschaftsschule, die Anbindung der Schule an den Stadtteil und dessen Bevölkerung, in der Schulorganisation generell durchsetzt. Der Schülerrückgang wird m.E. auch in dieser Hinsicht interessante Entwicklungen auslösen. Im ländlichen Raum verbietet sich aus Gründen der Schulwegbelastung eine weitere Konzentration des Schulangebots, die notwendig wäre, um die heutigen schulorganisatorischen Standards auch bei halbierten Schülerzahlen einhalten zu können (Problem der kleinen Schule). In den Städten würde eine nochmalige Konzentration des Schulangebots in zentralen Stadtteilen als Antwort auf den Schülerrückgang der Bevölkerungsbewegung aus den innerstädtischen Stadtteilen hinaus zuwiderlaufen. Das Schulzentrum, Schulverbundmodelle und nicht zuletzt die Gesamtschule erhalten unter den Gesichtspunkten Wohnortnähe und Verminderung der Angebotsabhängigkeit der Bildungsnachfrage neuen Auftrieb. Die durch den Schülerrückgang freiwerdenden Raumkapazitäten in der Grundschule werden auch zu Tendenzen einer Anbindung der Orientierungsstufe an die Grundschule führen, wodurch wohnortnah der Unterricht bis Klasse 6 ermöglicht wird, was wiederum eine Senkung der Schülertransportkosten zur Folge hat, die zunehmend in das Zentrum des bildungs- und finanzpolitischen Interesses rücken. Zu erwarten ist sogar, daß das dreigliedrige Schulsystem nur noch in Form additiver Gesamtschulen bestandsfähig bleiben kann. Die Verteidigung des Besitzstands bei Realschulen und Gymnasien läßt bereits heute einen nochmaligen Nachfrageschub nach weiterführender Bildung erkennen, der vermutlich zu einem zweigliedrigen Schulsystem führen wird, in dem neben dem Gymnasium entweder integrierte Gesamtschulen (Hamburg!) bestehen werden, oder kombinierte Haupt-/Realschulen. Das Gymnasium wird zur mittelständischen Hauptschule, und einerseits größere Anteile seiner Schüler nach dem 10 Schuljahr bereits an das berufliche Ausbildungssystem abgeben, andererseits aber auch in der Oberstufe, um diese sich zu erhalten, zunehmend berufsbildende Inhalte aufnehmen. Gesamtschule und Gymnasium werden sich strukturell noch weiter angleichen und soweit sie räumlich nicht konkurrieren - auch zu einer Nachbarschaftsorientierung des Gymnasiums führen. Die Ergebnisse von Begleituntersuchungen, daß die Schulorganisation allein weitgehend unerheblich ist für die Leistungsfähigkeit einer Schule (zwischen Gesamtschulen bestehen größere Unterschiede als zwischen Gesamtschule und Gymnasium), entscheidend demgegenüber die innere Organisation der Schule, die Leistungsbereitschaft der Lehrer und andere Faktoren sind, läßt im übrigen die heutige Kontroverse zwischen Gesamtschule und dreigliedrigem Schulsystem obsolet erscheinen. In den Mittelpunkt der schulpolitischen Auseinandersetzung werden vermutlich rücken: Wohnortnähe des Schulangebots und damit

Reduzierung des Schülertransports, Beseitigung der Angebotsabhängigkeit der Bildungsnachfrage und eine stärkere Berücksichtigung der situativen Bedingungen und prozessualen Faktoren von der Schule. Um es in einem Satz zusammenzufassen: Die innere und äußere Ökologie von Bildungsinstitutionen und nicht deren formale Struktur werden zu den zentralen Ansatzpunkten schulpolitischer Steuerung.

Die zentrale Frage dieser Überlegung war, ob der Geburten- und damit Schülerückgang in Verbindung mit der gestiegenen Bildungsbeteiligung in den zurückliegenden 20 Jahren in Zukunft zu weitgehenden Veränderungen des Verhältnisses zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem führen wird, das Schulsystem selbst sich in seiner Organisationsstruktur nochmals einschneidend ändert und weiterhin auch Veränderungen in den Erziehungszielen und im elterlichen Erwartungshorizont an die Schule zu erwarten sind. Werden als Folge dieser Entwicklungen regionale Differenzierungen im Schulsystem nicht nur für Problemregionen notwendig, sondern eine lokalistische, situative Schulentwicklung konstitutiv für die schulische Entwicklung insgesamt? Wird sich dementsprechend auch der schulische Rechtsrahmen ändern? Alles dies würde ich vermuten.

Die Ergebnisse sozialökologischer Bildungsforschung werden unter diesen Bedingungen zu wichtigen Grundlagen für die Schulplanung und -entwicklung der kommenden Jahre. Darüber hinaus wird die bildungssoziologische Forschung neue Akzente setzen müssen, wenn sie die Beziehung zu den Problemstellungen im Bildungswesen behalten will.

### Literatur

- DERENBACH, R.: Berufsbildungspolitik für den ländlichen Raum. In: Informationen zur Raumentwicklung (1979), S. 467-487
- DEUTSCHER BUNDESTAG: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Dritter Familienbericht. Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache 8/3121 vom 20.8.79. Bonn: Heger 1979.
- KLAGES, H./KMIECIAK, P. (Hrsg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/M.: Campus 1979
- KMIECIAK, P.: Wertstrukturen und Wertwandel. Grundlegungen einer interdisziplinären Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten. Göttingen: Schwarz 1976
- RECUM, H. von: Bildung in der Wohlstandsgesellschaft. Strukturwandel und Konflikte. In: Mitteilungen und Nachrichten. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 98/99, S. 1-15
- SHER, J.P.: Revitalizing Rural Education. A Legislator's Handbook. National Conference of State Legislatures 1978
- WEISHAUPT, H.: Schulentwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen. Grundsätzliche Überlegungen und ein Beispiel. In: Anstöße 27 (1980), S. 62-72